Deutscher Bundestag **Drucksache 15/5532**

15. Wahlperiode 23. 05. 2005

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Hubert Hüppe, Andreas Storm, Annette Widmann-Mauz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 15/5377 –

Vermittlung behinderter und schwerbehinderter Arbeitsloser

Vorbemerkung der Fragesteller

Im März 2005 ist die Zahl schwerbehinderter Arbeitsloser auf einem besorgniserregenden Rekordhoch, bei 195 090 Menschen, angelangt. Vor zwei Jahren, Anfang des Jahres 2003, gab es noch rund 30 000 weniger schwerbehinderte Arbeitslose. Damals lag die Zahl bei 165 842 Arbeitslosen mit Schwerbehinderung.

Vor dem Hintergrund der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt sind die Vermittlungschancen von benachteiligten Gruppen, insbesondere schwerbehinderten Menschen, erheblich gesunken. Umso wichtiger ist es, dass vorhandene Möglichkeiten von Nachteilsausgleichen, wie sie auf der Rechtsgrundlage von § 34 und § 35 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) sowie dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) bestehen, wirtschaftlich und konsequent genutzt werden, um die Bereitschaft von Arbeitgebern, Schwerbehinderte zu beschäftigen, aufrechtzuerhalten. Im Zuge der Umstellungen durch das sog. Hartz IV-Gesetz kommt es aber im Rehabilitationsbereich zu erheblichen Reibungsverlusten und Unklarheiten.

Wegen der höheren Ansprüche von Arbeitgebern und der Bundesagentur für Arbeit (BA) an die Mobilität und Flexibilität der Arbeitsuchenden kommt der überregionalen Vermittlung eine gesteigerte Bedeutung zu. Diese muss für die Zukunft gesichert sein, um schwerbehinderten Arbeitsuchenden eine ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Stelle vermitteln zu können.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass der gleichberechtigten Teilhabe behinderter und schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben eine besondere Bedeutung zukommt. Auch in wirtschaftlich und konjunkturell schwierigen Zeiten soll erreicht werden, dass behinderte und schwerbehinderte Menschen ihre Chance auf Teilhabe am Arbeitsleben besser realisieren können.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit vom 19. Mai 2005 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

An den in der Behindertenpolitik bisher erreichten Erfolgen hat auch die Bundesagentur für Arbeit maßgeblich mitgewirkt. Trotz der schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen wurde das unverändert starke Engagement von Bundesregierung und Bundesagentur auch im Jahr 2005 mit einem Reha-Budget von 2,916 Mrd. Euro fortgesetzt. Nach Inkrafttreten des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch wurden die Integrationsleistungen der Bundesagentur an Arbeitsuchende, die bis dahin Arbeitslosenhilfe erhalten hatten, durch die Teilhabeleistungen der Grundsicherungsträger ergänzt.

Die Bundesagentur hat im Zeitraum 1998 bis 2005 die Pflichtleistungen zur Förderung der Teilhabe von 1,647 Mrd. Euro auf 2,53 Mrd. Euro oder um 53,6 Prozent gesteigert. Im Gegensatz zur Entwicklung der übrigen arbeitsmarktpolitischen Instrumente des SGB III liegen die mit 2,53 Mrd. Euro geplanten Ausgaben für Pflichtleistungen im laufenden Geschäftsjahr lediglich um 1 Prozent unter dem Spitzenwert von 2004. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Haushaltsansätze nicht unmittelbar vergleichbar sind, weil neben den Mitteln nach SGB III für die Förderung behinderter, hilfebedürftiger Menschen nach dem zum 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Zweiten Buch Sozialgesetzbuch weitere Fördermittel im SGB II-Eingliederungsbudget zur Verfügung stehen. Der Neubewilligungsspielraum im SGB III-Förderbereich ist aber durch höhere Bindungen aus Vorjahren geringer als noch im Vorjahr. Im Zeitraum 2003 bis 2005 sind die für Pflichtleistungen zur Verfügung stehenden Mittel insgesamt nahezu unverändert und markieren das höchste Ausgabenniveau, das die Bundesagentur jemals erreicht hat.

Die Bundesregierung und die Bundesagentur für Arbeit verfolgen nach wie vor das Ziel, neben behinderten Jugendlichen auch allen erwachsenen behinderten und schwerbehinderten Menschen eine Perspektive für eine berufliche Eingliederung zu geben. Die Bundesregierung geht zum jetzigen Zeitpunkt davon aus, dass die Bundesagentur für Arbeit als eigenständiger und eigenverantwortlicher Rehabilitationsträger das bisher außerordentliche finanzielle und behindertenpolitische Engagement zur Integration behinderter Menschen auch in Zukunft fortsetzen wird. Der Bundesagentur stehen für die berufliche Eingliederung behinderter und schwerbehinderter Menschen die erweiterten und ausreichenden Instrumentarien der Eingliederungsleistungen des Neunten, Dritten und Zweiten Buches Sozialgesetzbuch zur Verfügung, die Grundlage für eine erfolgreiche Durchführung der beruflichen Rehabilitation sind.

1. Kann die Bundesregierung auf langfristige Sicht gewährleisten, dass die Bundesagentur für Arbeit (BA) ihre Verantwortung im Bereich der beruflichen Rehabilitation auch in Zukunft wahrnehmen wird?

   Wenn nein, welche anderen Pläne bestehen zur Absicherung der beruflichen Rehabilitation für behinderte Menschen?

Die Bundesregierung wird die Entwicklung der beruflichen Rehabilitation weiterhin sehr aufmerksam begleiten und dafür Sorge tragen, dass behinderte und von Behinderung bedrohte Menschen die von ihnen benötigten Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nicht nur durch die Bundesagentur für Arbeit, sondern auch durch alle übrigen Rehabilitationsträger rechtzeitig erhalten.

2. Von welcher Dauer ist die durchschnittliche Zeit der Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen aktuell, aufgegliedert nach alten und neuen Bundesländern?

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit lag die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit von schwerbehinderten Menschen im Jahr 2004 bei insgesamt

642 Tagen, in Ostdeutschland bei 462 und in Westdeutschland bei durchschnittlich 698 Tagen. Bei schwerbehinderten Menschen, die die Arbeitslosigkeit beenden konnten, lag die durchschnittliche Dauer im Jahr 2004 bei 351 Tagen, in Westdeutschland bei 359 und in Ostdeutschland bei 330 Tagen. Die Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit in den Vorjahren ist den beigefügten Tabellen zu entnehmen.

3. In welcher Höhe stellte die BA Mittel für die Ermessensleistungen zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben nach § 34 SGB IX im Zeitraum 2000 bis 2005 zur Verfügung (bitte aufgeschlüsselt nach einzelnen Arbeitsagenturen)?

   In welcher Höhe sind diese Mittel für das Jahr 2005 bereits durch Verpflichtungen aus dem Vorjahr blockiert?

Ermessensleistungen zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben nach § 34 SGB IX waren nach Angaben der Bundesagentur in den Jahren 2000 bis 2003 vollständig in das Leistungsspektrum des Eingliederungstitels eingebunden, so dass sie nicht gesondert ausgewiesen und zur Verfügung gestellt wurden. Bei Eingliederungszuschüssen gilt dies auch für die Jahre 2004 und 2005.

Im Jahr 2004 wurden die Mittel für die Leistungen nach § 34 SGB IX – mit Ausnahme der Eingliederungszuschüsse – für die jeweiligen Zweckbestimmungen konkret an die Agenturen für Arbeit, ab 2005 wiederum als globales Reha-Budget zugeteilt. Eine Angabe der nach § 34 SGB IX zur Verfügung gestellten Mittel ist deshalb nur für das Jahr 2004 möglich. Eine Übersicht zur Zuteilung von Mitteln für die Leistungen nach § 34 SGB IX für das Jahr 2004 ist im Anhang beigefügt.

Im Jahr 2005 bestanden für diese Leistungen nach den Angaben der Bundesagentur Vorbindungen von rund 23,8 Mio. Euro, bei den Eingliederungszuschüssen von rund 2,9 Mio. Euro.

4. Wenn Mittelkürzungen in 2005 vorgenommen wurden, wie begründet die Bundesregierung diese?

   Welche Leistungen sind von den Kürzungen betroffen?

Der Haushaltsplan der Bundesagentur wird vom Vorstand aufgestellt. Der von der Selbstverwaltung der Bundesagentur festgestellte Haushalt ist von der Bundesregierung genehmigt worden. Die Bundesagentur für Arbeit ist unter Aufwendung erheblicher finanzieller Mittel weiterhin bestrebt, behinderten und schwerbehinderten Menschen durch Förderung der beruflichen Rehabilitation nachhaltige Perspektiven für eine Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Im Reha-Bereich stellt die Bundesagentur für Arbeit für das Jahr 2005 ein Mittelvolumen von 2,7 Mrd. Euro zur Verfügung. Ergänzt wird dieser Mittelansatz durch 216 Mio. Euro für die Eingliederung schwerbehinderter Menschen sowie die von den Grundsicherungsträgern des SGB II aus dem Eingliederungsbudget zu erbringenden Teilhabeleistungen an erwerbsfähige behinderte Hilfebedürftige. Von einer Mittelkürzung im Bereich der beruflichen Rehabilitation kann daher nicht die Rede sein.

5. Wie viele Arbeitgeber erhielten von Anfang 2003 bis zum vergangenen Monat Eingliederungszuschüsse für die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen (bitte differenziert nach verschiedenen Arten der Eingliederungszuschüsse und nach Berichtsmonat und nach Bundesländern)?

Nach Angaben der Bundesagentur werden Statistiken über die Zahl geförderter Arbeitgeber nicht geführt.

6. Wie wird sichergestellt, dass die in § 35 SGB IX genannten Einrichtungen von den Arbeitsgemeinschaften, den optierenden Gemeinden und der BA beauftragt werden, wenn der Erfolg einer Maßnahme zur beruflichen Rehabilitation von den besonderen Hilfen dieser Einrichtungen abhängig ist?

Leistungen nach § 35 SGB IX, die durch Berufsbildungswerke, Berufsförderungswerke und vergleichbare Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation erbracht werden, sind Pflichtleistungen der beruflichen Rehabilitation. Soweit im Einzelfall Art oder Schwere der Behinderung oder die Sicherung des Erfolges die besonderen Hilfen dieser Einrichtungen erforderlich machen, besteht ein Rechtsanspruch auf diese Leistungen. Eine Verwehrung solcher Ansprüche ist mit geltendem Recht nicht vereinbar. Die leistungsausführende Stelle entscheidet ausschließlich nach dem individuellen Förderbedarf des behinderten Menschen.

Mit dem Kommunalen Optionsgesetz wurde klargestellt, dass auch für erwerbsfähige, behinderte Hilfebedürftige nach dem SGB II ein Rechtsanspruch auf besondere Leistungen in Einrichtungen nach § 35 SGB IX zur Teilhabe am Arbeitsleben besteht, wenn dies auch im SGB III vorgesehen ist. Soweit zugelassene kommunale Träger und Agenturen in Arbeitsgemeinschaften für die Gewährung von Leistungen zur beruflichen Rehabilitation von erwerbsfähigen behinderten Hilfebedürftigen zuständig sind, geht die Bundesregierung davon aus, dass Pflichtleistungen nach § 102 SGB III durch die Grundsicherungsträger erbracht werden, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen.

7. Wie soll die Qualität einer Maßnahme gesichert werden, wenn eine „vergleichbare Einrichtung“ gemäß § 35 SGB IX beteiligt wird?

   Welche Qualitätsmaßstäbe werden angelegt?

Bevor in Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation Leistungen zur Teilhabe erbracht werden dürfen, müssen insbesondere bei Einrichtungen nach § 35 Satz 2 SGB IX inhaltliche Anforderungen erfüllt werden. 1999 wurden mit den Berufsbildungs- und Berufsförderungswerken daher Rahmenverträge zu Qualitätsgrundsätzen vereinbart. An „vergleichbare Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation“ sind die gleichen Qualitätsmaßstäbe anzulegen wie an die Einrichtungen nach § 35 Satz 2 SGB IX. Zu berücksichtigen ist dabei jedoch das jeweils spezifische Maßnahmeangebot. Die Feststellung der fachlichen Eignung einer den Berufsbildungswerken und Berufsförderungswerken vergleichbaren Einrichtungen ist eine Aufgabe der Rehabilitationsträger, die sie auch bisher schon erfolgreich wahrgenommen haben.

8. Wie kann der drastische Rückgang von Maßnahmen an bestimmten Berufsförderungswerken (z. B. Heidelberg und Hamburg) und Berufsbildungswerken erklärt werden?

Die Nutzung der Berufsförderungswerke wird nicht nur von der Bundesagentur für Arbeit, sondern auch von den Rentenversicherungsträgern sowie den Unfallversicherungsträgern bestimmt.

Die Zahl der Anmeldungen durch die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung insgesamt ist in den Jahren 1999 bis 2003 kontinuierlich angestiegen. Für 2004 gilt dies auch für die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, während die Anmeldungen für die übrigen Träger der Rentenversicherung leicht rückläufig waren. Der prozentuale Anteil der Rentenversicherung an der Gesamtbelegung der Berufsförderungswerke stieg 2004 auf 50,7 Prozent und betrug von Januar bis März 2005 48 Prozent.

Bei den Berufsgenossenschaften ist die Belegung von Berufsförderungswerken von 1999 bis 2003 stetig leicht und 2004 markant um 24,4 Prozent zurückgegangen. Der Grund liegt vorwiegend in der Entwicklung bei den Berufskrankheiten, von denen zwei häufig vorkommende allergische Atemwegs- und Hauterkrankungen in den letzten Jahren deutlich rückläufig waren, nicht zuletzt durch umfassende Präventionsmaßnahmen der zuständigen Berufsgenossenschaften.

Bei der Bundesagentur für Arbeit ist in den letzten Jahren ein stetiger Rückgang der Anträge auf Teilhabe am Arbeitsleben (Zugänge) im Bereich der beruflichen Wiedereingliederung festzustellen (2002: 49 998, 2003: 35 977, 2004: 31 801). Dieser deutliche Rückgang hat sich auch bei den Eintritten in Berufsförderungswerke niedergeschlagen (2002: 24 368, 2003: 18 514, 2004: 13 305). Nach den der Bundesregierung vorliegenden Informationen setzt sich dieser rückläufige Trend, von dem alle Berufsförderungswerke betroffen sind, auch bei den Anmeldungen in diesem Jahr fort.

Anders ist die Situation bei den Berufsbildungswerken, die fast ausnahmslos von der Bundesagentur für Arbeit genutzt werden. Dort waren auch im letzten Jahr keine signifikanten Rückgänge bei den Eintritten für das neue Ausbildungsjahr zu verzeichnen, so dass hier insgesamt eine unverändert stabile Belegungssituation gegeben ist. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Eintritte in den Berufsbildungswerken vor allem von der Entwicklung der Schulabgänger bestimmt werden. Da auch in den nächsten Jahren noch mit einem Anstieg der Schulentlassungszahlen zu rechnen ist, sind in absehbarer Zeit keine besonderen Änderungen zu erwarten.

Die Bestrebungen der Bundesagentur für Arbeit gehen allerdings dahin, behinderten jungen Menschen verstärkt auch Bildungs- und Integrationsmöglichkeiten außerhalb der Berufsbildungswerke zu ermöglichen. Dies erscheint auch deshalb notwendig, um bei den Berufsbildungswerken eine Kapazitätssausweitung zu vermeiden, die bei rückläufigen Teilnehmerzahlen (ab 2007) zu zusätzlichen Problemen führen könnte.

Im Rahmen der Vereinbarungen mit den Berufsförderungs- und Berufsbildungswerken werden im Übrigen keine Belegungszusagen gegeben. Die Nutzung einer Einrichtung bestimmt sich ausschließlich nach dem Bedarf. Insoweit sind hier auch die Reha-Einrichtungen gefordert, sich mit ihren Angeboten auf die geänderten Bedingungen einzustellen.

9. Welche Mittel wurden und werden in den Jahren 2000 bis 2005 für Pflicht- und Ermessensleistungen bei durch die BA und die Integrationsfachdienste (IFD) vermittelten schwerbehinderten Arbeitnehmern aufgewendet (bitte getrennt nach BA und IFD)?

Es liegen keine Informationen darüber vor, in welcher Höhe Mittel für Pflicht- und Ermessensleistungen für die von der Bundesagentur vermittelten schwerbehinderten Arbeitnehmer insgesamt aufgewendet wurden. Das Gleiche gilt hinsichtlich der durch die Integrationsfachdienste (resp. Integrationsämter) vermittelten Arbeitnehmer.

10. Wie stellen sich die Gesamtkosten (Pflicht- und Ermessensleistungen) pro vermitteltem arbeitslosen Schwerbehinderten für das Jahr 2004 dar (bitte getrennte Ausweisung von Pflicht- und Ermessensleistungen)?

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit können die Gesamtkosten je vermittelten arbeitslosen, schwerbehinderten Menschen nicht ausgewiesen werden. Die vorliegende Datenlage ist nicht ausreichend, um Aussagen hinsichtlich der Gesamtkosten an Pflicht- und Ermessensleistungen pro vermittelten arbeitslosen Schwerbehinderten zu treffen.

11. Wie viele schwerbehinderte Menschen wurden in den Jahren 2000 bis 2005 jeweils durch die BA und die IFD in Arbeit vermittelt (bitte Gesamtzahl sowie Vermittlungen pro Beratungs-/Vermittlungsfachkraft und nach Ländern ausweisen)?

    Welchen Grad der Behinderung (GdB) und welches Geschlecht wiesen diese vermittelten Personen auf?

12. Wie beurteilt die Bundesregierung, unter Einbeziehung der geleisteten Aufwendungen und des Behinderungsgrades der vermittelten Personen, die Vermittlungsleistungen für schwerbehinderte Menschen von Seiten der BA und der IFD in den letzten fünf Jahren?

Das am 1. Oktober 2000 in Kraft getretene Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter (SchwbBAG) sah die flächendeckende Einführung von Integrationsfachdiensten durch die Arbeitsagenturen vor. Bedingt durch den zeitversetzten Aufbau von IFD-Kapazitäten liegen belastbare Ergebnisdokumentationen erst ab dem Jahr 2002 vor. Zahlen zu den erzielten Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt können der Übersicht im Anhang entnommen werden. Eine Aufschlüsselung der Vermittlungszahlen der IFD nach Ländern liegt nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit nicht vor.

Bei der Vermittlung schwerbehinderter Menschen wird eine zusammenfassende Differenzierung nach dem Grad der Behinderung lediglich von der Bundesagentur vorgenommen. Bei den Integrationsfachdiensten ist nicht der Grad der Behinderung maßgebend, sondern der besondere Bedarf an arbeits- und berufsbegleitender Betreuung, der infolge der Schwerbehinderung notwendig ist, um eine Teilhabe am Arbeitsleben ermöglichen zu können.

Die durch die Bundesagentur in den Jahren 2002 bis 2004 erzielten Vermittlungen schwerbehinderter Menschen sowie eine Aufstellung der Anzahl der Schwerbehindertenvermittlerinnen und -vermittler sind im Anhang abgedruckt.

Das Verhältnis von Vermittlungen pro Fachkraft ist im Vergleich von Integrationsfachdiensten und Bundesagentur außerordentlich unterschiedlich. Die Vermittlungen pro Fachkraft bei den IFD sowie der Bundesagentur entwickelten sich wie folgt:

Jahr	Integrationsfachdienst Vermittlungen je Fachkraft	Bundesagentur Vermittlungen je Fachkraft
2002	12,4	75,6
2003	12,0	57,2
2004	11,3	48,9

Hinsichtlich einer Bewertung der Vermittlungsleistungen hat sich der Bundesrechnungshof (BRH) im Rahmen einer Prüfung, die die Einrichtung von IFD und deren Zusammenarbeit mit den Agenturen für Arbeit zum Prüfgegenstand hatte, im Jahr 2003 geäußert. Danach wurde bei den Arbeitsagenturen ein gegenüber den IFD deutlich besseres Vermittlungsergebnis konstatiert. Während nach der BRH-Untersuchung die IFD im Durchschnitt 0,7 Vermittlungen je Monat und Vermittler erzielten, waren es bei den Arbeitsagenturen – selbst bei vorsichtiger Rechnung – 5,5 Vermittlungen (je nach Rechenweise sogar bis zu 10,5). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Klientel der IFD vielfach einen besonders hohen Betreuungsbedarf und Vermittlungsaufwand erfordert und zudem die Feststellungen des BRH in die Aufbauphase der IFD gefallen sind. Zur Verbesserung der Ergebnisse wurden nachfolgend Zielvereinbarungen zwischen Arbeitsagenturen und den IFD eingesetzt, die bei Nichterfüllung Sanktionen bzw. den Ausstieg aus dem Vertrag vorsahen.

Finanzwirtschaftliche Betrachtungen sind dagegen nur eingeschränkt möglich. Es lassen sich zwar die im Rahmen von Beauftragung an die IFD gewährten Vergütungen darstellen (2002: 43,7 Mio. Euro, 2003: 46,4 Mio. Euro; 2004: 46,0 Mio. Euro), jedoch gibt es keine vergleichbaren Werte für die Bundesagentur für Arbeit im Sinne einer Kosten-Leistungs-Rechnung (entstandene Aufwendungen für die Betreuung/Vermittlung Schwerbehinderter).

13. Wie plant die Bundesregierung sicherzustellen, dass die überregionale Arbeitsvermittlung von schwerbehinderten Menschen auch zukünftig gewährleistet wird?

Die Bundesregierung und die Bundesagentur für Arbeit messen der überregionalen Arbeitsvermittlung einen hohen Stellenwert bei. So sieht die Bundesagentur beim operativen Verbesserungsprozess 2005 eine Verstärkung der überregionalen Vermittlungsaktivitäten auch für schwerbehinderte Menschen vor. Zur Unterstützung dienen insbesondere folgende Instrumente und Maßnahmen:

- Mitführung des Bewerberangebots in anderen Arbeitsagenturen
- Veröffentlichung des Bewerberangebots in der Internetbörse der Bundesagentur für Arbeit
- Nutzung der Zeitschrift „MARKT+CHANCE“ (Veröffentlichung von Bewerberprofilen)
- Gezielte überregionale Vermittlungsvorschläge
- Finanzielle Hilfen in Form von Bewerbungs- und Reisekosten sowie Mobilitätshilfen.

Für schwer- bzw. schwerstbehinderte Fach- und Führungskräfte steht darüber hinaus bei der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung in Bonn eine Vermittlungsstelle zur Verfügung, die den besonderen Belangen dieser Personengruppe bei der Arbeitsvermittlung Rechnung trägt.

14. Ist der Bundesregierung bekannt, wie im Rahmen der Zuständigkeitsverlagerung von der BA auf Arbeitsgemeinschaften oder Optionskommunen die Qualifizierung der Mitarbeiter für die Vermittlung behinderter und schwerbehinderter Menschen gesichert wird (insbesondere Schulungen für die Anwendung der Fördermaßnahmen gemäß SGB III)?

    Wie wird sichergestellt, dass die vorhandene Sachkompetenz bei der Vermittlung von schwerbehinderten Menschen in das Berufsleben bei der BA auch in Zukunft genutzt werden kann?

Das Qualifizierungsangebot der Bundesagentur für Arbeit umfasst beratungs- und vermittlungsspezifische Module in unterschiedlicher Breite und Tiefe. Darüber hinaus werden bei Bedarf Qualifizierungsmaßnahmen zu allen Themenfeldern des SGB III, insbesondere auch der Fördermaßnahmen, -angeboten und durchgeführt. Es wird in der Qualifizierung grundsätzlich nicht unterschieden zwischen Mitarbeitern der Bundesagentur für Arbeit in einer Agentur für Arbeit und denen in einer Arbeitsgemeinschaft.

Für die Qualifizierung des kommunalen Personals sind zugelassene kommunale Träger zuständig und verantwortlich. Erkenntnisse über Qualität und Umfang der Qualifizierungsmaßnahmen bei den zugelassenen kommunalen Trägern liegen der Bundesregierung nicht vor.

15. In welcher Höhe und aus welcher Quelle stehen den Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen finanzielle Mittel zur Verfügung, um Leistungen im Rehabilitationsbereich zu erbringen?

    Ist vorgesehen, dafür auch Mittel der Ausgleichsabgabe zur Verfügung zu stellen?

    Wenn ja, in welcher Höhe?

Die notwendigen Finanzmittel zur Erbringung von Leistungen zur Förderung der Teilhabe erwerbsfähiger behinderter Hilfebedürftiger am Arbeitsleben durch die Grundsicherungsträger des SGB II wurden bei der Festlegung des Budgets für Eingliederungsmaßnahmen nach dem SGB II berücksichtigt. Zusammen mit den übrigen Eingliederungsleistungen stehen hierfür insgesamt 6,55 Mrd. Euro aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung.

Die Mittel aus der Ausgleichsabgabe des Bundes werden der Bundesagentur zur besonderen Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben und nicht für Rehabilitationsaufgaben zugewiesen (§ 41 Abs. 1 Nr. 1 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung). Eine Verwendung für Rehabilitationsaufgaben ist mit der Zweckbestimmung der Ausgleichsabgabe nicht vereinbar. Die Frage der Verfügbarkeit von Mitteln der Ausgleichsabgabe zur Finanzierung von Reha-Maßnahmen durch SGB II-Träger stellt sich demzufolge nicht.

16. Falls die Bundesregierung davon ausgeht, dass die Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen den Sachverstand im Rehabilitationsbereich bei Bedarf gegen Entgelt von der BA beschaffen, hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, in welchem Umfang von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird?

Der Bundesagentur für Arbeit liegen noch keine gesicherten Erkenntnisse über den Umfang der entgeltlichen Inanspruchnahme der Agenturen durch Optionskommunen wie durch Arbeitsgemeinschaften vor.

Tabelle 1 zu Frage 2

Statistik
Bundesagentur für Arbeit

Abgang an Arbeitslosen, dar.: schwerbehinderte Menschen nach der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit

Merkmal	Bundesrepublik Deutschland		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Anzahl	Durchschnittsdauer arbeitslos in Tagen	Anzahl	Durchschnittsdauer arbeitslos in Tagen	Anzahl	Durchschnittsdauer arbeitslos in Tagen
Jahressumme 2000						
Arbeitslose insgesamt	7.049.345	273	4.589.849	273	2.459.496	272
dar.: schwerbehinderte Menschen	245.413	433	182.554	461	62.859	351
Jahressumme 2001						
Arbeitslose insgesamt	6.743.841	268	4.350.232	264	2.393.609	274
dar.: schwerbehinderte Menschen	252.325	433	185.658	462	66.667	354
Jahressumme 2002						
Arbeitslose insgesamt	6.992.210	263	4.623.927	255	2.368.283	278
dar.: schwerbehinderte Menschen	254.016	408	184.701	429	69.315	350
Jahressumme 2003						
Arbeitslose insgesamt	7.533.868	263	5.066.122	253	2.467.746	282
dar.: schwerbehinderte Menschen	256.995	367	186.890	386	70.105	314
Jahressumme 2004						
Arbeitslose insgesamt	8.030.136	267	5.425.635	248	2.604.501	307
dar.: schwerbehinderte Menschen	279.115	351	203.538	359	75.577	330

© Bundesagentur für Arbeit

Bestand an Arbeitslosen, dar.: schwerbehinderte Menschen im Jahresdurchschnitt nach der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit

Merkmal	Bundesrepublik Deutschland		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Anzahl	Durchschnittsdauer arbeitslos in Tagen	Anzahl	Durchschnittsdauer arbeitslos in Tagen	Anzahl	Durchschnittsdauer arbeitslos in Tagen
JD 2000						
Arbeitslose insgesamt	4.381.040	461	2.781.346	433	1.599.694	510
dar.: schwerbehinderte Menschen	173.939	529	129.452	556	44.487	450
JD 2001						
Arbeitslose insgesamt	4.376.769	432	2.753.054	415	1.623.715	462
dar.: schwerbehinderte Menschen	167.876	520	125.193	551	42.683	431
JD 2002						
Arbeitslose insgesamt	4.061.345	437	2.498.392	441	1.562.953	430
dar.: schwerbehinderte Menschen	156.909	586	117.168	627	39.741	466
JD 2003						
Arbeitslose insgesamt	3.852.564	456	2.320.500	486	1.532.064	411
dar.: schwerbehinderte Menschen	171.351	628	127.616	683	43.735	470
JD 2004						
Arbeitslose insgesamt	3.889.695	468	2.380.987	512	1.508.707	398
dar.: schwerbehinderte Menschen	184.097	642	140.463	698	43.634	462

© Bundesagentur für Arbeit

Ausbildungszuschüsse bei betrieblicher Aus- und Weiterbildung, für Arbeitshilfen und Probebeschäftigung behinderter Menschen nach §§ 236 - 238 SGB III

Tabelle 2 zu Frage 3

Zugeteilte Ausgabemittel 2004 (€)

031.00	AA Neubrandenburg	486 948,06
032.00	AA Rostock	666 884,33
033.00	AA Schwerin	594 129,34
034.00	AA Stralsund	442 458,19
035.00	AA Cottbus	902 457,00
036.00	AA Eberswalde	534 614,00
037.00	AA Frankfurt/Oder	604 261,00
038.00	AA Neuruppin	745 436,00
039.00	AA Potsdam	961 157,00
042.00	AA Dessau	365 744,00
043.00	AA Halberstadt	385 763,00
044.00	AA Halle	747 775,00
045.00	AA Magdeburg	881 311,00
046.00	AA Merseburg	496 131,00
047.00	AA Sangerhausen	459 141,00
048.00	AA Stendal	506 645,00
049.00	AA Wittenberg	241 504,00
070.00	AA Altenburg	142 148,00
071.00	AA Annaberg-Buchholz	382 250,00
072.00	AA Bautzen	759 140,00
073.00	AA Chemnitz	1 103 710,00
074.00	AA Dresden	931 430,00
075.00	AA Leipzig	570 700,00
076.00	AA Oschatz	312 270,00
077.00	AA Pirna	382 260,00
078.00	AA Plauen	253 050,00
079.00	AA Riesa	269 200,00
081.00	ZAV	800 000,00
092.00	AA Zwickau	419 950,00
093.00	AA Erfurt	852 063,00
094.00	AA Gera	467 826,00
095.00	AA Gotha	616 833,00
096.00	AA Jena	471 662,00
097.00	AA Nordhausen	524 983,00
098.00	AA Suhl	614 321,00
111.00	AA Bad Oldesloe	305 782,24
115.00	AA Elmshorn	431 607,74
119.00	AA Flensburg	469 354,29
123.00	AA Hamburg	1 611 163,38
127.00	AA Heide	268 384,33
131.00	AA Kiel	502 808,94
135.00	AA Lübeck	409 899,68
139.00	AA Neumünster	464 467,03
211.00	AA Braunschweig	491 879,00
214.00	AA Bremen	555 577,00
217.00	AA Bremerhaven	293 762,00
221.00	AA Celle	450 903,00
224.00	AA Emden	348 896,00
227.00	AA Goslar	214 253,00
231.00	AA Göttingen	461 194,00
234.00	AA Hameln	355 386,00

Ausbildungszuschüsse bei betrieblicher Aus- und Weiterbildung, für Arbeitshilfen und Probebeschäftigung behinderter Menschen nach §§ 236 - 238 SGB III

Zugeteilte Ausgabemittel 2004 (€)

237.00	AA Hannover	639 392,00
241.00	AA Helmstedt	350 608,00
244.00	AA Hildesheim	364 625,00
247.00	AA Leer	425 645,00
251.00	AA Lüneburg	317 340,00
254.00	AA Nienburg	218 952,00
257.00	AA Nordhorn	318 599,00
261.00	AA Oldenburg	552 857,00
264.00	AA Osnabrück	537 165,00
267.00	AA Stade	408 604,00
271.00	AA Uelzen	239 863,00
274.00	AA Vechta	298 598,00
277.00	AA Verden	356 868,00
281.00	AA Wilhelmshaven	149 654,00
311.00	AA Aachen	759 830,00
313.00	AA Ahlen	372 700,00
315.00	AA Bergisch Gladbach	496 640,00
317.00	AA Bielefeld	665 130,00
321.00	AA Bochum	459 020,00
323.00	AA Bonn	758 590,00
325.00	AA Brühl	477 590,00
327.00	AA Coesfeld	546 820,00
331.00	AA Detmold	366 990,00
333.00	AA Dortmund	726 420,00
335.00	AA Düren	247 730,00
337.00	AA Düsseldorf	582 290,00
341.00	AA Duisburg	487 090,00
343.00	AA Essen	539 460,00
345.00	AA Gelsenkirchen	417 020,00
347.00	AA Hagen	490 610,00
351.00	AA Hamm	407 750,00
353.00	AA Herford	520 290,00
355.00	AA Iserlohn	545 270,00
357.00	AA Köln	984 440,00
361.00	AA Krefeld	435 750,00
363.00	AA Meschede	333 660,00
365.00	AA Mönchengladbach	564 070,00
367.00	AA Münster	278 720,00
371.00	AA Oberhausen	297 380,00
373.00	AA Paderborn	598 190,00
375.00	AA Recklinghausen	629 370,00
377.00	AA Rheine	457 600,00
381.00	AA Siegen	449 710,00
383.00	AA Soest	345 090,00
385.00	AA Solingen	215 840,00
387.00	AA Wesel	700 360,00
391.00	AA Wuppertal	378 760,00
411.00	AA Bad Hersfeld	166 720,00
415.00	AA Darmstadt	826 270,00
419.00	AA Frankfurt/Main	893 960,00
423.00	AA Fulda	187 360,00
427.00	AA Gießen	517 800,00

Ausbildungszuschüsse bei betrieblicher Aus- und Weiterbildung, für Arbeitshilfen und Probebeschäftigung behinderter Menschen nach §§ 236 - 238 SGB III

Zugeteilte Ausgabemittel 2004 (€)

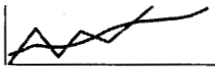
431.00	AA Hanau	299 080,00
435.00	AA Kassel	720 880,00
439.00	AA Korbach	193 280,00
443.00	AA Limburg	170 700,00
447.00	AA Marburg	252 790,00
451.00	AA Offenbach	252 810,00
455.00	AA Wetzlar	256 830,00
459.00	AA Wiesbaden	349 070,00
511.00	AA Bad Kreuznach	399 980,00
515.00	AA Kaiserslautern	326 280,00
519.00	AA Koblenz	305 230,00
523.00	AA Ludwigshafen	448 940,00
527.00	AA Mainz	580 840,00
531.00	AA Mayen	282 590,00
535.00	AA Montabaur	351 790,00
539.00	AA Neunkirchen	372 560,00
543.00	AA Landau	356 090,00
547.00	AA Neuwied	307 440,00
551.00	AA Pirmasens	170 600,00
555.00	AA Saarbrücken	487 140,00
559.00	AA Saarlouis	302 800,00
563.00	AA Trier	498 800,00
611.00	AA Aalen	566 430,00
614.00	AA Balingen	266 031,00
617.00	AA Freiburg	430 911,00
621.00	AA Göppingen	521 152,00
624.00	AA Heidelberg	415 059,00
627.00	AA Heilbronn	526 078,00
631.00	AA Karlsruhe	919 306,00
634.00	AA Konstanz	277 767,00
637.00	AA Lörrach	296 463,00
641.00	AA Ludwigsburg	422 655,00
644.00	AA Mannheim	634 977,00
647.00	AA Nagold	297 787,00
651.00	AA Offenburg	444 244,00
654.00	AA Pforzheim	343 425,00
657.00	AA Rastatt	186 228,00
661.00	AA Ravensburg	522 059,00
664.00	AA Reutlingen	374 562,00
667.00	AA Rottweil	343 655,00
671.00	AA Waiblingen	377 197,00
674.00	AA Schwäbisch Hall	267 050,00
677.00	AA Stuttgart	780 085,00
681.00	AA Tauberbischofsheim	258 683,00
684.00	AA Ulm	274 745,00
687.00	AA Villingen-Schwenningen	267 611,00
711.00	AA Ansbach	345 800,00
715.00	AA Aschaffenburg	388 400,00
719.00	AA Bamberg	319 200,00
723.00	AA Bayreuth	369 600,00
727.00	AA Coburg	303 100,00
731.00	AA Hof	289 060,00

Ausbildungszuschüsse bei betrieblicher Aus- und Weiterbildung, für Arbeitshilfen und Probebeschäftigung behinderter Menschen nach §§ 236 - 238 SGB III

Zugeteilte Ausgabemittel 2004 (€)

735.00	AA Nürnberg	1 120 600,00
739.00	AA Regensburg	536 200,00
743.00	AA Schwandorf	454 100,00
747.00	AA Schweinfurt	511 500,00
751.00	AA Weiden	219 700,00
755.00	AA Weißenburg	155 000,00
759.00	AA Würzburg	549 200,00
811.00	AA Augsburg	683 900,00
815.00	AA Deggendorf	338 000,00
819.00	AA Donauwörth	245 000,00
823.00	AA Freising	226 200,00
827.00	AA Ingolstadt	363 300,00
831.00	AA Kempten	333 300,00
835.00	AA Landshut	278 800,00
839.00	AA Memmingen	563 100,00
843.00	AA München	1 739 200,00
847.00	AA Passau	420 300,00
851.00	AA Pfarrkirchen	359 300,00
855.00	AA Rosenheim	438 200,00
859.00	AA Traunstein	307 900,00
863.00	AA Weilheim	316 000,00
922.00	AA Berlin Süd	526 298,00
944.00	AA Berlin Südwest	428 335,00
955.00	AA Berlin Nord	1 018 771,00
962.00	AA Berlin Mitte	567 726,00
964.00	AA Berlin Ost	718 475,00
		84 972 777,55

Tabelle 3 zu Frage 11



Statistik
Bundesagentur für Arbeit

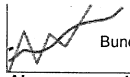
IFD-Jahresergebnisse (Vermittlung von Schwerbehinderten einschließlich Rehabilitanden)

Jahr	Abgänge durch Vermittlung	davon männlich	davon weiblich
2002	7.555	4.568	2.987
2003	7.579	4.699	2.880
2004	7.228	4.498	2.730

Anzahl der Beschäftigten in den im Auftrag der Agenturen für Arbeit tätigen IFD
(Bestände als Jahresdurchschnitt)

Jahr	Beschäftigungs-situation	davon männlich	davon weiblich
2002	609	234	375
2003	630	230	400
2004	640	230	410

Tabelle 4 zu Frage 11



Statistik
Bundesagentur für Arbeit

Abgang an arbeitslosen schwerbehinderten Menschen nach dem Grad der Behinderung in Erwerbstätigkeit, dar.: durch BA vermittelt

Region	Jahressumme 2004							
	Abgang an Arbeitslosen in Erwerbstätigkeit							
	schwerbehinderte Menschen insgesamt	Grad der Behinderung			dar.: durch BA vermittelt			
					schwerbehinderte Menschen insgesamt	Grad der Behinderung		
		080 bis 100	050 bis unter 080	030 bis unter 050; gleichgestellt		080 bis 100	050 bis unter 080	030 bis unter 050; gleichgestellt
Deutschland	59.286	10.317	42.930	6.039	22.183	3.857	16.084	2.242
01 Schleswig-Holstein	1.903	343	1.398	162	524	98	377	49
02 Hamburg	1.403	344	977	82	583	147	409	27
03 Niedersachsen	5.117	1.010	3.410	697	1.751	380	1.153	218
04 Bremen	742	135	539	68	461	81	342	38
05 Nordrhein-Westfalen	10.039	2.021	7.357	661	2.512	576	1.801	135
06 Hessen	3.477	592	2.643	242	833	173	609	51
07 Rheinland-Pfalz	2.060	398	1.538	124	519	110	372	37
08 Baden-Württemberg	5.394	1.147	3.834	413	1.381	345	964	72
09 Bayern	7.187	1.313	5.490	384	1.558	314	1.186	58
10 Saarland	585	108	428	49	194	37	140	17
11 Berlin	3.894	664	3.169	61	1.933	306	1.611	16
12 Brandenburg	3.341	447	2.683	211	1.972	271	1.607	94
13 Mecklenburg-Vorpommern	2.498	269	1.899	330	1.474	139	1.178	157
14 Sachsen	4.857	709	3.338	810	2.839	440	1.990	409
15 Sachsen-Anhalt	3.211	410	1.806	995	1.516	178	866	472
16 Thüringen	3.578	407	2.421	750	2.133	262	1.479	392

Region	Jahressumme 2003							
	Abgang an Arbeitslosen in Erwerbstätigkeit							
	schwerbehinderte Menschen insgesamt	Grad der Behinderung			dar.: durch BA vermittelt			
					schwerbehinderte Menschen insgesamt	Grad der Behinderung		
		080 bis 100	050 bis unter 080	030 bis unter 050; gleichgestellt		080 bis 100	050 bis unter 080	030 bis unter 050; gleichgestellt
Deutschland	56.598	10.208	40.663	5.727	25.388	4.673	17.875	2.840
01 Schleswig-Holstein	1.718	338	1.246	134	493	104	357	32
02 Hamburg	1.147	306	763	78	478	147	305	26
03 Niedersachsen	4.885	947	3.290	648	1.877	401	1.232	244
04 Bremen	522	103	368	51	230	47	151	32
05 Nordrhein-Westfalen	9.624	2.012	7.030	582	3.181	816	2.189	176
06 Hessen	3.267	624	2.459	184	1.057	231	769	57
07 Rheinland-Pfalz	2.110	409	1.597	104	672	142	505	25
08 Baden-Württemberg	4.959	1.114	3.515	330	1.553	421	1.051	81
09 Bayern	6.772	1.285	5.209	278	1.918	400	1.456	62
10 Saarland	576	99	426	51	229	38	172	19
11 Berlin	3.292	608	2.636	48	1.742	335	1.393	14
12 Brandenburg	3.202	441	2.572	189	2.118	282	1.717	119
13 Mecklenburg-Vorpommern	2.692	342	1.976	374	1.932	237	1.442	253
14 Sachsen	4.760	738	3.196	826	3.233	531	2.168	534
15 Sachsen-Anhalt	3.385	400	1.934	1.051	2.008	215	1.171	622
16 Thüringen	3.687	442	2.446	799	2.667	326	1.797	544

Tabelle 4 zu Frage 11

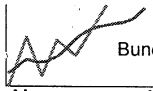
Statistik
Bundesagentur für Arbeit

Abgang an arbeitslosen schwerbehinderten Menschen nach dem Grad der Behinderung in Erwerbstätigkeit, dar.: durch BA vermittelt

Region	Jahressumme 2002							
	Abgang an Arbeitslosen in Erwerbstätigkeit							
	schwerbehinderte Menschen insgesamt	Grad der Behinderung			dar.: durch BA vermittelt			
					schwerbehinderte Menschen insgesamt	Grad der Behinderung		
		080 bis 100	050 bis unter 080	030 bis unter 050; gleichgestellt		080 bis 100	050 bis unter 080	030 bis unter 050; gleichgestellt
Deutschland	55.413	10.356	39.386	5.671	32.734	6.281	22.672	3.781
01 Schleswig-Holstein	1.890	391	1.383	116	804	184	573	47
02 Hamburg	1.087	307	717	63	571	176	360	35
03 Niedersachsen	4.869	1.019	3.212	638	2.621	624	1.657	340
04 Bremen	565	112	407	46	361	75	254	32
05 Nordrhein-Westfalen	9.754	2.138	7.096	520	4.764	1.204	3.304	256
06 Hessen	3.074	619	2.311	144	1.481	325	1.091	65
07 Rheinland-Pfalz	2.057	433	1.512	112	936	228	667	41
08 Baden-Württemberg	4.750	1.103	3.372	275	2.373	623	1.634	116
09 Bayern	6.432	1.332	4.866	234	2.766	652	2.035	79
10 Saarland	589	133	416	40	309	68	218	23
11 Berlin	2.895	576	2.269	50	1.952	395	1.528	29
12 Brandenburg	3.134	428	2.551	155	2.392	312	1.956	124
13 Mecklenburg-Vorpommern	2.262	253	1.704	305	1.781	191	1.349	241
14 Sachsen	4.919	753	3.338	828	3.903	618	2.661	624
15 Sachsen-Anhalt	3.513	383	1.945	1.185	2.766	305	1.516	945
16 Thüringen	3.623	376	2.287	960	2.954	301	1.869	784

Region	Jahressumme 2001							
	Abgang an Arbeitslosen in Erwerbstätigkeit							
	schwerbehinderte Menschen insgesamt	Grad der Behinderung			dar.: durch BA vermittelt			
					schwerbehinderte Menschen insgesamt	Grad der Behinderung		
		080 bis 100	050 bis unter 080	030 bis unter 050; gleichgestellt		080 bis 100	050 bis unter 080	030 bis unter 050; gleichgestellt
Deutschland	56.406	11.086	39.959	5.361	39.155	7.935	27.153	4.067
01 Schleswig-Holstein	2.005	437	1.427	141	1.148	277	793	78
02 Hamburg	1.121	343	727	51	762	251	478	33
03 Niedersachsen	5.056	1.055	3.331	670	3.367	743	2.177	447
04 Bremen	494	97	365	32	294	62	211	21
05 Nordrhein-Westfalen	10.532	2.356	7.658	518	6.522	1.621	4.577	324
06 Hessen	3.537	726	2.661	150	2.202	486	1.620	96
07 Rheinland-Pfalz	2.028	463	1.472	93	1.102	292	763	47
08 Baden-Württemberg	5.468	1.346	3.837	285	3.548	946	2.421	181
09 Bayern	6.976	1.518	5.234	224	4.384	1.021	3.236	127
10 Saarland	609	140	441	28	442	107	313	22
11 Berlin	3.009	530	2.459	20	2.330	413	1.903	14
12 Brandenburg	2.506	383	2.039	84	1.927	288	1.579	60
13 Mecklenburg-Vorpommern	2.222	272	1.645	305	1.898	223	1.417	258
14 Sachsen	4.255	632	2.868	755	3.504	519	2.388	597
15 Sachsen-Anhalt	3.403	421	1.854	1.128	2.980	368	1.613	999
16 Thüringen	3.185	367	1.941	877	2.745	318	1.664	763

Tabelle 4 zu Frage 11



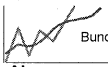
Statistik
Bundesagentur für Arbeit

Abgang an arbeitslosen schwerbehinderten Menschen nach dem Grad der Behinderung in Erwerbstätigkeit, dar.: durch BA vermittelt

Region	Jahressumme 2000							
	Abgang an Arbeitslosen in Erwerbstätigkeit							
	schwerbehinderte Menschen insgesamt	Grad der Behinderung			dar.: durch BA vermittelt			
					schwerbehinderte Menschen insgesamt	Grad der Behinderung		
		080 bis 100	050 bis unter 080	030 bis unter 050; gleichgestellt		080 bis 100	050 bis unter 080	030 bis unter 050; gleichgestellt
Deutschland	57.392	11.185	40.844	5.363	38.031	7.644	26.551	3.836
01 Schleswig-Holstein	2.010	394	1.444	172	1.071	215	769	87
02 Hamburg	1.198	357	792	49	798	257	513	28
03 Niedersachsen	4.987	1.064	3.255	668	2.934	705	1.847	382
04 Bremen	526	107	382	37	299	68	212	19
05 Nordrhein-Westfalen	10.753	2.495	7.830	428	6.504	1.668	4.564	272
06 Hessen	3.693	739	2.804	150	2.161	437	1.626	98
07 Rheinland-Pfalz	2.225	456	1.671	98	1.206	266	893	47
08 Baden-Württemberg	5.587	1.319	4.001	267	3.461	872	2.433	156
09 Bayern	7.658	1.627	5.732	299	4.651	1.069	3.415	167
10 Saarland	635	126	473	36	422	90	309	23
11 Berlin	3.193	589	2.579	25	2.507	476	2.018	13
12 Brandenburg	2.560	363	2.084	113	1.994	273	1.638	83
13 Mecklenburg-Vorpommern	2.115	275	1.504	336	1.814	221	1.303	290
14 Sachsen	3.942	595	2.644	703	2.930	453	1.955	522
15 Sachsen-Anhalt	3.114	331	1.727	1.056	2.576	278	1.432	866
16 Thüringen	3.196	348	1.922	926	2.703	296	1.624	783

© Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 5 zu Frage 11



Statistik
Bundesagentur für Arbeit

Abgang von Arbeitslosen insgesamt, dar. : von schwerbehinderten Menschen in Erwerbstätigkeit

Region	Jahressumme 2004				Jahressumme 2003			
	Abgang an Arbeitslosen in Erwerbstätigkeit				Abgang an Arbeitslosen in Erwerbstätigkeit			
	Insgesamt	dar.: schwerbehinderte Menschen	dar.: durch BA vermittelt		Insgesamt	dar.: schwerbehinderte Menschen	dar.: durch BA vermittelt	
			Insgesamt	dar.: schwerbehinderte Menschen			Insgesamt	dar.: schwerbehinderte Menschen
Deutschland	3.106.399	59.286	496.474	22.183	3.120.579	56.598	676.727	25.388
01 Schleswig-Holstein	106.535	1.903	12.187	524	104.929	1.718	15.624	493
02 Hamburg	64.742	1.403	7.843	583	60.563	1.147	9.051	478
03 Niedersachsen	282.953	5.117	41.210	1.751	290.840	4.885	55.592	1.877
04 Bremen	24.681	742	4.902	461	24.589	522	5.607	230
05 Nordrhein-Westfalen	517.596	10.039	63.864	2.512	516.742	9.624	84.917	3.181
06 Hessen	169.693	3.477	23.198	833	165.521	3.267	28.752	1.057
07 Rheinland-Pfalz	124.955	2.060	16.514	519	126.924	2.110	21.695	672
08 Baden-Württemberg	283.053	5.394	38.881	1.381	270.656	4.959	44.310	1.553
09 Bayern	439.949	7.187	46.828	1.558	441.300	6.772	56.355	1.918
10 Saarland	30.767	585	5.531	194	30.787	576	7.407	229
11 Berlin	165.020	3.894	31.908	1.933	157.631	3.292	38.823	1.742
12 Brandenburg	167.087	3.341	41.080	1.972	167.185	3.202	53.518	2.118
13 Mecklenburg-Vorpommern	122.493	2.498	22.988	1.474	135.117	2.692	44.615	1.932
14 Sachsen	277.264	4.857	63.997	2.839	285.378	4.760	95.667	3.233
15 Sachsen-Anhalt	169.924	3.211	35.976	1.516	181.109	3.385	60.929	2.008
16 Thüringen	159.687	3.578	39.567	2.133	161.308	3.687	53.865	2.667

Region	Jahressumme 2002				Jahressumme 2001			
	Abgang an Arbeitslosen in Erwerbstätigkeit				Abgang an Arbeitslosen in Erwerbstätigkeit			
	Insgesamt	dar.: schwerbehinderte Menschen	dar.: durch BA vermittelt		Insgesamt	dar.: schwerbehinderte Menschen	dar.: durch BA vermittelt	
			Insgesamt	dar.: schwerbehinderte Menschen			Insgesamt	dar.: schwerbehinderte Menschen
Deutschland	2.875.422	55.413	836.527	32.734	2.892.745	56.406	1.338.372	39.155
01 Schleswig-Holstein	96.642	1.890	19.603	804	99.378	2.005	27.735	1.148
02 Hamburg	54.004	1.087	12.681	571	52.979	1.121	22.825	762
03 Niedersachsen	266.079	4.869	67.736	2.621	271.470	5.056	106.646	3.367
04 Bremen	23.643	565	7.308	361	25.207	494	12.203	294
05 Nordrhein-Westfalen	475.403	9.754	102.590	4.764	466.131	10.532	155.816	6.522
06 Hessen	152.767	3.074	37.496	1.481	151.623	3.537	64.590	2.202
07 Rheinland-Pfalz	115.074	2.057	27.210	936	110.080	2.028	42.473	1.102
08 Baden-Württemberg	243.979	4.750	54.396	2.373	235.439	5.468	93.815	3.548
09 Bayern	395.568	6.432	74.593	2.766	375.878	6.976	143.747	4.384
10 Saarland	27.874	589	9.053	309	28.473	609	16.076	442
11 Berlin	137.997	2.895	40.281	1.952	144.358	3.009	76.950	2.330
12 Brandenburg	160.317	3.134	61.515	2.392	167.547	2.506	88.996	1.927
13 Mecklenburg-Vorpommern	118.880	2.262	47.005	1.781	125.725	2.222	73.591	1.898
14 Sachsen	278.983	4.919	125.232	3.903	286.484	4.255	179.247	3.504
15 Sachsen-Anhalt	172.478	3.513	81.071	2.766	187.489	3.403	128.029	2.980
16 Thüringen	155.734	3.623	68.757	2.954	164.484	3.185	105.633	2.745

Region	Jahressumme 2000			
	Abgang an Arbeitslosen in Erwerbstätigkeit			
	Insgesamt	dar.: schwerbehinderte Menschen	dar.: durch BA vermittelt	
			Insgesamt	dar.: schwerbehinderte Menschen
Deutschland	3.066.865	57.392	1.412.169	38.031
01 Schleswig-Holstein	101.130	2.010	27.962	1.071
02 Hamburg	55.571	1.198	25.739	798
03 Niedersachsen	283.568	4.987	111.479	2.934
04 Bremen	28.030	526	12.097	299
05 Nordrhein-Westfalen	506.356	10.753	179.771	6.504
06 Hessen	164.929	3.693	67.711	2.161
07 Rheinland-Pfalz	119.310	2.225	46.089	1.206
08 Baden-Württemberg	261.486	5.587	106.217	3.461
09 Bayern	398.553	7.658	150.904	4.651
10 Saarland	30.571	635	15.941	422
11 Berlin	152.413	3.193	74.584	2.507
12 Brandenburg	170.327	2.560	90.106	1.994
13 Mecklenburg-Vorpommern	135.856	2.115	86.086	1.814
14 Sachsen	293.755	3.942	176.574	2.930
15 Sachsen-Anhalt	189.313	3.114	125.312	2.576
16 Thüringen	175.697	3.196	115.597	2.703

© Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 6 zu Frage 11

Arbeitsvermittler/-innen Reha/SB in den Agenturen für Arbeit

Zahl der Mitarbeiter/innen jeweils zum 01.05.

Bundesland	Jahr					
	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Baden-Württemberg	15	32	51	52	52	53
davon Frauen	8	18	28	29	29	29
davon Männer	7	14	23	23	23	24
Bayern	27	33	52	53	54	47
davon Frauen	17	21	33	33	34	29
davon Männer	10	12	19	20	20	18
Berlin	4	4	11	17	19	17
davon Frauen	2	2	6	9	10	9
davon Männer	2	2	5	8	9	8
Brandenburg	0	6	13	13	13	13
davon Frauen	0	3	7	7	7	7
davon Männer	0	3	6	6	6	6
Bremen	6	6	6	6	6	5
davon Frauen	4	4	4	4	4	4
davon Männer	2	2	2	2	2	1
Hamburg	7	7	7	7	7	7
davon Frauen	5	5	5	5	5	5
davon Männer	2	2	2	2	2	2
Hessen	11	19	31	31	30	28
davon Frauen	3	6	9	9	9	8
davon Männer	8	13	22	22	21	20
Mecklenburg-Vorpommern	5	10	12	12	12	10
davon Frauen	4	8	9	9	9	8
davon Männer	1	2	3	3	3	2
Niedersachsen	15	24	42	41	42	37
davon Frauen	11	17	30	29	30	26
davon Männer	4	7	12	12	12	11
Nordrhein-Westfalen	17	57	93	95	92	89
davon Frauen	11	38	62	63	61	59
davon Männer	6	19	31	32	31	30
Rheinland-Pfalz	1	6	19	19	20	17
davon Frauen	1	4	11	11	12	10
davon Männer	0	2	8	8	8	7
Saarland	0	8	8	8	8	6
davon Frauen	0	5	5	5	5	4
davon Männer	0	3	3	3	3	2
Sachsen	3	19	39	40	40	22
davon Frauen	2	15	31	32	32	18
davon Männer	1	4	8	8	8	4
Sachsen-Anhalt	6	17	21	22	24	22
davon Frauen	4	13	16	16	18	16
davon Männer	2	4	5	6	6	6
Schleswig-Holstein	2	3	12	12	13	13
davon Frauen	2	2	9	9	10	10
davon Männer	0	1	3	3	3	3
Thüringen	2	10	16	16	22	20
davon Frauen	1	7	12	12	16	15
davon Männer	1	3	4	4	6	5
Summe	**121**	**261**	**433**	**444**	**454**	**406**
davon Frauen	**75**	**168**	**277**	**282**	**291**	**257**
davon Männer	**46**	**93**	**156**	**162**	**163**	**149**

Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333